



Eidg. Departement für
Auswärtige Angelegenheiten EDA
Herr Bundesrat Ignazio Cassis
Bundeshaus West
3003 Bern

Stiftung CSI-Schweiz
Zelglistrasse 64 | 8122 Binz (ZH)
Tel. +41 44 982 33 33
info@csi-schweiz.ch | www.csi-schweiz.ch

Binz, 23. Oktober 2023

Ethnische Säuberung von Berg-Karabach nicht einfach hinnehmen – ergänzende Vorschläge für eine Resolution im UNO-Sicherheitsrat

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die ethnisch-religiöse Säuberung der armenischen Christen in Berg-Karabach ist Tatsache. Über 100.000 terrorisierte Zivilisten sind nach neunmonatiger Blockade und dem militärischen Angriff durch Aserbaidschan am 19. und 20. September nach Armenien geflohen. In ihrer Heimat geblieben sind gemäss UNO-Beobachtermission gerade noch 50 bis 100 Karabach-Armenier. Die französische Aussenministerin Catherine Colonna sagte sehr treffend: «Aserbaidschan hat den Exodus von über 100.000 Armeniern aus Berg-Karabach geplant und organisiert. Dies sind äusserst schwerwiegende Handlungen, Verbrechen und Vergehen, die nicht ungeahndet bleiben dürfen.»

Trotz der Völkermordwarnungen von CSI und von Luis Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, sowie anderen Menschenrechtsverteidigern und auch ungeachtet der offenen Völkermorddrohung durch Aserbaidschan, haben Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sich entschieden, die Ihnen zur Verfügung stehenden aussenpolitischen Instrumente nicht einzusetzen. Sie wollten der Verpflichtung der Schweiz zur Verhinderung von Völkermord und zum Schutz der Opfer nicht nachkommen. Auch die dringenden Empfehlungen von Christian Solidarity International haben Sie geflissentlich überhört. Sollte die im Fall von Berg-Karabach nicht wahrgenommene Verantwortung Ihr Konzept der «kooperativen Neutralität» widerspiegeln, so kann CSI dieses nicht gutheissen.

Aserbaidschan hält mindestens zehn in Berg-Karabach gefangene Geiseln fest. Die sowohl CSI als auch dem EDA bekannten Geiseln sind: Arayik Harutyunyan, Ex-Präsident; Bako Sahakyan, Ex-Präsident; Arkadi Ghukasyan, Ex-Präsident; Ruben Vardanyan, Ex-Staatsminister; Davit Ishkhanyan, Sprecher der Nationalversammlung; David Babayan, ehemaliger Aussenminister; Levon

Mnatsakanyan, ehemaliger Verteidigungsminister; Davit Manukyan, ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister; Vaqif Khachatryan, älterer Zivilist; Rashid Beglaryan, älterer Zivilist.

Aserbaidshon hält darüber hinaus zahlreiche weitere Geiseln gefangen, die es gemäss dem am 9. November 2020 mit Armenien und Russland unterzeichneten Abkommen hätte freilassen müssen. Auch hält Aserbaidshon nicht nur Berg-Karabach, sondern auch weite Teile des Grenzgebiets der Republik Armenien militärisch besetzt.

Aserbaidshon hält diese Geiseln und diese Gebiete in seiner Hand, um von Armenien und der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich der Schweiz, weitere Zugeständnisse zu erpressen. Aserbaidshon verfolgt zusammen mit der Türkei eine neo-osmanische Politik zur Eroberung Armeniens oder «West-Aserbaidshons», wie sie es nennen, und rühmt gleichzeitig die Verantwortlichen hinter den historischen Massakern an den Armeniern.

Die Schweiz sah tatenlos zu, wie Aserbaidshon zunächst die Blockade von Berg-Karabach verhängte und anschliessend eine ethnische und religiöse Säuberung des Gebietes durchführte. Am 11. Oktober gab die Schweiz zusammen mit 33 anderen Staaten – hauptsächlich NATO-Mitgliedern – im UNO-Menschenrechtsrat in Genf eine Erklärung ab, in der die UNO aufgefordert wurde, ihre Menschenrechtsüberwachung in Berg-Karabach zu verstärken. Ergänzt wurde diese Forderung durch einen Appell an Aserbaidshon, «die Rechte und die Sicherheit der in Berg-Karabach verbliebenen Armenier zu gewährleisten und unverzüglich die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere, würdige und dauerhafte Rückkehr derjenigen zu schaffen, die in ihre Heimat zurückkehren möchten».

Diese Erklärung wurde von führenden Vertretern des NATO-Bündnisses verfasst, um den Weg zu ebnen für eine von Frankreich vorgeschlagene Resolution des UNO-Sicherheitsrats. Darin wird die Entsendung von UNO-Friedenstruppen gefordert, welche die derzeit dort stationierten russischen Friedenstruppen ersetzen sollen.

Wenn die von der Schweiz im UNO-Menschenrechtsrat unterzeichnete Erklärung mehr sein soll als eine menschenrechtliche Nebelpetarde zur Verschleierung der geopolitischen Ambitionen der künftigen militärischen Partner der Schweiz, dann sollte die Schweiz unverzüglich drei zusätzliche Forderungen für die bevorstehende Resolution des UNO-Sicherheitsrats zu Berg-Karabach vorschlagen. Diese sind:

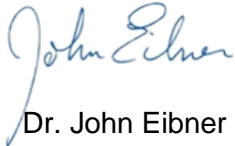
1. Sofortige und bedingungslose Freilassung aller armenischen Geiseln.
2. Sofortiger, bedingungsloser Rückzug der aserbaidshonischen Streitkräfte aus dem Gebiet Armeniens und aus Berg-Karabach.
3. Verhängung von Sanktionen gegen die aserbaidshonischen Führer, die für die Planung, Ausführung und Finanzierung der von Frau Colonna erwähnten schweren Verbrechen verantwortlich sind.

Vielen Dank, dass Sie und das EDA diese wichtigen Ergänzungen prüfen und hoffentlich einbringen werden. CSI verfolgt die Entwicklungen um Berg-Karabach/Armenien seit vielen Jahren. Für eine vertiefte Erklärung der von uns geforderten Ergänzungen sind wir jederzeit zu Gesprächen bereit.

Freundliche Grüsse

Christian Solidarity International

Stiftung CSI-Schweiz



Dr. John Eibner
Internationaler Präsident CSI



Simon Brechbühl
Geschäftsführer